Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 15. November 2008 118. Jahrgang Nr. 31.693

Mit vereinten Kräften

UCR und Coalición Cívica schließen Allianz

Buenos Aires (AT/kat) – Am Dienstag machten die wichtigsten Vertreter der Opposition bei einer Pressekonferenz im radikalen Komitee die große Ankündigung: Künftig wolle man mit vereinten Kräften nach der Regierung streben. Und alles besser machen.

Elisa Carrió, Coalición Cívica, und Gerardo Morales, UCR, verkündeten mit euphorischer Laune, dass sie offiziell angefangen haben zusammenzuarbeiten, um eine Wahlfront mit Kurs auf die Wahlen 2009 aufzustellen. Das Endziel des gemeinsamen Bootes seien aber die Wahlen 2011. Die erste gemeinsame Maßnahme sei ein Treffen mit dem Präsidenten des Partido Socialista, Rubén Giustiniani, zu organisieren, um sich auch dem Sozialismus anzunähern.

Aus einem Dialog entsprang eine Allianz.

„Wir haben uns ganz fest vorgenommen eine absolut stimmige Alternative zur Regierung zu schaffen und antworten damit auf die Forderungen der Bürger“, erklärte Carrió. Morales versprach, den Missbrauch der Macht in die Schranken weisen und einen ernsthaften, sozialen Raum mit garantierter Regierbarkeit schaffen zu wollen. Die Gründerin der Coalición Cívica übte harsche Kritik an Kirchnerismus: „Argentinien verdient anständige Abkommen, Argentinien verdient eine Republik, verdient soziale Regelungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und verdient ernsthafte, soziale Gerechtigkeit, um der Armut im Land entgegenzuwirken.“

Bei der Allianz gibt es noch drei Fragezeichen: Die politische Situation in der Provinz Buenos Aires muss geklärt, der Widerstand des sozialistischen Gouverneurs Hermes Binner muss gebrochen und die Position gegenüber dem Vizepräsidenten Julio Cobos muss klargestellt werden. Derzeit ist Cobos laut Carrió von einer Beteiligung an der Koalition weit entfernt.

Die Antwort der Regierung auf die Ankündigung kam prompt, Innenminister Florencio Randazzo sparte nicht an Kritik: Die Idee ist weder besonders neu, noch originell. Mir scheint es wie eine Neuauflage der Allianz, die unser Land damals im Jahr 2001 in diese missliche Situation gebracht hat.“ – „Erst vor weniger als einem Monat hat Carrió noch gesagt, dass es mit der UCR keine Zukunft gibt“, schimpfte er besonders gegen die seiner Meinung nach widersprüchlich handelnde Chefin der Coalición Cívica.

Der ehemalige Präsident Raúl Alfonsín, legte großen Wert darauf, sogleich klar zu stellen, dass er nicht der Impulsgeber für diese Allianz gewesen sei. Erst vor kurzem hatte er, in seiner Ansprache anlässlich der Jubiläumsfeier zu 25 Jahren Demokratie, die Opposition dazu aufgefordert, in einen Dialog zu treten. Doch daraus eine Allianz zu gründen sei eine Fehlinterpretation, denn die Parteien hätten nicht die selben „ideologischen Positionen“.

„Historische Entscheidung“

Gewerkschaftsmonopol zerrüttet

Buenos Aires (AT/kat) – Am Dienstag versetzte der Oberste Gerichthof der mächtigsten und größten Gewerkschaft des Landes, der Confederación General del Trabajo (CGT), sowie der traditionellen Struktur der peronistischen Gewerkschaftsbewegung einen herben Dämpfer. Arbeitnehmer, die sich organisieren wollen, müssen künftig nicht mehr einer vom Arbeitsministerium der Regierung anerkannten Gewerkschaft angegliedert sein.

In seiner Entscheidung hat sich der Oberste Gerichtshof für mehr Freiheit der Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen. Sechs der sieben Richter haben dabei ein altes Gesetz als verfassungswidrig erklärt, nach dem ein Abgeordneter, der im Auftrag einer Arbeitnehmergruppierung handelt, einer von der Regierung anerkannten Gewerkschaft angehören muss und nur bei einer von dieser Gewerkschaft organisierten Wahl gewählt werden kann. Außerdem wurde entschieden, dass neue Gewerkschaften ohne Autorisierung der Regierung gegründet werden können. Die bisher bestehende Exklusivität von Gewerkschaften wurde aufgehoben, somit können künftig auch neue Vereinigungen in einem Arbeitnehmerbereich gegründet werden, für den bereits eine Arbeitnehmervertretung existiert.

Die Gerichtsentscheidung wurde auf Grund eines langwierigen Streites zwischen dem Verband der staatlichen Angestellten (ATE) und der Vertretung des Zivilpersonals des Militärs (PECIFA) angestrebt. Die ATE hatte Wahlen für ein Vertretergremium des Generalstabs ausgerufen. Obwohl die ATE in die Zentrale der Argentinischen Arbeitnehmer (CTA), welche die Mehrheit der öffentlichen Angestellten vertritt, eingegliedert ist, ist sie nicht von der Regierung als Gewerkschaft anerkannt. Somit lehnte sich die PECIFA gegen die Wahl auf und berief sich dabei auf Artikel 41 des Gesetzes 23.551, die eben dies offiziell verbat. Das Gericht entschied, dass der besagte Artikel dem Recht der Versammlungsfreiheit widersprach und hat dadurch diese Fehde beendet.

Doch jetzt scheiden sich die Geister über den Rechtsspruch. „Es ist eine historische Entscheidung. Sie wird die Landschaft der Gewerkschaften verändern. Es ist eine Entscheidung für die Demokratie“, zeigte sich der ATE-Generalsekretär Pablo Micheli zufrieden. Julio Piumato, Mitglied der CGT-Führungsriege, wetterte dagegen: “Es ist ein grober Fehler, mit politischen Beweggründen. Denn die Entscheidung wird die Gewerkschaftsbewegung zersplittern.“ CTA-Chef Hugo Yasky mutmaßte, das Arbeitsministerium habe die Registrierung der ATE absichtlich immer wieder verschoben, weil Unternehmer und die CGT Druck gemacht hätten. Demnach wäre es verständlich, warum der großen Gewerkschaft die neu gewonnene Freiheit ihrer potentiellen Konkurrenten nicht so recht schmeckt.

Zehn Jahre Kooperation

Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Argentinien

Buenos Aires (AT/kat) – Zehn Jahre kooperieren Deutschland und Argentinien nun schon in den Bereichen Wissenschaft und Technologie. Anlässlich dieses Jubiläums findet laut der Abteilungsleiterin für Internationale Beziehungen des argentinischen Ministeriums für Wissenschaft, Technologie und Produktive Innovation (MINCyT), Agueda Menvielle, vom 13. bis 18. November die erste Deutsch-Argentinische Woche der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit in Buenos Aires statt.

Knieß, Barañao und Menvielle bei der Pressekonferenz.

„Deutschland misst dieser Kooperation eine sehr große Bedeutung bei, und die zentrale Achse dafür ist natürlich die Deutsche Botschaft hier“, erklärte der deutsche Botschafter, Günther Knieß, bei der Pressekonferenz im MINCyT am Mittwoch, welche die Eventwoche mit zahlreichen Seminaren, Präsentationen und Foren einleitete. Die Veranstaltungen sollen über die Forschungs- und Bildungsangebote informieren, für die Wissenschafts- und Technologiestandorte Deutschland und Argentinien werben und so mehr Wissenschaftler für die Zusammenarbeit gewinnen. Die zentrale Veranstaltung der Woche ist die Sitzung der bilateralen WTZ-Kommission am 14. und 17., bei der die gemeinsamen Projekte erweitert und die künftige Zusammenarbeit insbesondere im bereich der Bildung vertieft werden sollen. Kommendes Jahr feiert das Rahmenabkommen zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit (WTZ) sein 40-jähriges Bestehen.

Mehr als 250 bilaterale Projekte wurden in den letzten zehn Jahren entwickelt. Dazu gehört das Programm PROALAR für den projektbezogenen Personenaustausch, das Programm MINCyT-BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) und insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Etwa 600 Stipendien werden laut Knieß jährlich vom DAAD – die meisten davon gehen an Argentinier – für den Bildungsaustausch zwischen den beiden Ländern vergeben. Vornehmliches Ziel des Programms ist, den wissenschaftlichen Nachwuchs beider Länder zu fördern. Doktoranden erhalten hierfür die Möglichkeit, an gemeinsamen Forschungsprojekten zu arbeiten. Derzeit laufen etwa 40 gemeinsame Forschungsprojekte, von welchen 15 vom BMBF und 24 vom DAAD finanziert werden. Auch zahlreiche andere deutsche Institutionen wie die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG), die Fraunhofer-Gesellschaft, das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, viele deutsche Hochschulen und die Max-Planck-Institute beteiligen sich an der Kooperation.

Der argentinische Minister für Wissenschaft und Technologie, Lino Barañao, der selbst in Deutschland wissenschaftlich tätig war, hob die Forschungszusammenarbeit als besonders wichtig hervor, auch für die Festigung der kulturellen und menschlichen Beziehungen sei sie von großer Bedeutung. Künftig soll es neue Kooperationslinien geben. Diese werden sich laut Barañao zum Beispiel auf die Nano-Bio-Medizin, Umwelttechniken, die wirtschaftliche Verwertung der Forschung durch Unternehmen oder auf Bereiche mit sozialer Auswirkung wie Krankheiten beziehen.

WOCHENÜBERSICHT

Grün-Gelb gewinnt Abstimmung

Schon meldete ‚La Nación’, dass sich die Bewohner der Stadt Buenos Aires in der öffentlich durchgeführten Umfrage für einen blau-roten Anstrich der neuen Fußgängerbrücke in Palermo, über die Avenida Dorrego zwischen Figueroa Alcorta und den Schienen der Eisenbahn Mitre, entschieden hatten. Doch dann musste sie sich korrigieren: Nachdem auch die Stimmen, die per Internet abgegeben worden waren, ausgezählt waren, war die Entscheidung doch auf grün-gelb gefallen. Der etwa 1,5 Millionen Pesos teure Bau der 153 Meter langen und drei Meter breiten Brücke wurde unter dem ehemaligen Bürgermeister Jorge Telerman beschlossen. Am 29. Dezember soll der fertige Übergang eingeweiht werden.

Vorreiter in Gentechnologie

In Argentinien soll bald der vierte Sitz des weltweit renommierten und der UN angeschlossenen Internationalen Zentrums für Gentechnik und Biotechnologie (ICGEB) entstehen. Bisher gibt es nur Forschungslabore in Triest, Neu Delhi und Kapstadt, das in Buenos Aires geplante Labor ist somit das allererste Lateinamerikas. Am Donnerstag vergangener Woche unterschrieben die Präsidentin Cristina Kirchner, der Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation, Lino Barañao, und der Vorsitzende der ICGEB, Francisco Baralle, das Abkommen. Etwa 800.000 Euro sind dafür veranschlagt, bis 2010 soll es fertig gestellt werden.

Straffreiheit bei Korruption

Der Staatsprokurist Esteban Righi unterschrieb vergangene Woche die Resolution 147/08, womit er die Vollmacht der nationalen Staatsanwaltschaft für Untersuchungen in Verwaltungsangelegenheiten (FNIA) drastisch einschränkte. Er definierte die Rolle der FNIA neu, wonach die Institution nun nur noch an Strafverfahren mitarbeiten kann, die sie selbst eingeleitet hat. In anderen Fällen, wie zum Beispiel bei Regelwidrigkeiten im Transportsekretariat, dem INDEC oder in der Skanska, erhält sie künftig weder Zugriff auf Voruntersuchungen, noch darf sie eigene Untersuchungen durchführen oder Beweise vorlegen. Praktisch wird sich das so äußern, dass der Staatsanwalt Manuel Garrido, der dem unter Néstor Kirchner in sein Amt berufenen Prokuristen Righi unterstellt ist, viele sensible und mit Korruption zusammen hängende Fälle nicht verfolgen kann. Beispielsweise auch Fälle, die Funktionäre der aktuellen Regierung betreffen. Die Opposition übte scharfe Kritik an dieser Entscheidung, sie würde ein System der Straffreiheit schaffen.

Ewiger Streit

Am Mittwoch vergangener Woche verabschiedete Königin Elisabeth II. eine neue britische Verfassung für die Malwineninseln. Diese soll ab 2009 gültig werden und die bisherige Verfassung aus dem Jahr 1985 ersetzen. Laut der Londoner Regierung soll dadurch die Unabhängigkeit der Inselbewohner und ihr Recht auf politische Selbstbestimmung gestärkt werden. Gleichzeitig gehe es aber auch darum, die Interessen Großbritanniens zu wahren. Die argentinische Regierung protestierte postwendend gegen die Verfassungsreform. Sie hat laut Außenminister Jorge Taiana zum Ziel, einen anachronistischen Kolonialzustand auf ewig zu verlängern. Sie sei eine Verletzung des

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR
CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

UN-Mandats, der argentinischen Souveränität und des Völkerrechts.

Eisenbahnunterführungen

Nachdem sich die Anwohner der betroffenen Viertel in neun öffentlichen Anhörungen zu der Angelegenheit äußern durften, wurde beschlossen wie mit dem geplanten Bau der Eisenbahnunterführungen in der Stadt Buenos Aires fort-gefahren werden soll. Demnach wird die Unterführung der Straße Olazábal, unter den Schienen der Bahn Mitre in Belgrano, nicht gebaut werden, da dies die Überschwemmungen, welche das Gebiet häufig treffen, noch verschlimmern könnte. Mit der Konstruktion der anderen acht Unterführungen soll aber – nach kleinen Änderungen – fortgefahren werden. Die Unterführung der Straße Esteban Bonorino unter den Schienen der Eisenbahn Belgrano Sur ist laut dem Entwicklungsministerium der Stadt bereits fertig und soll etwa am 22. November eingeweiht werden.

Bergoglio wieder gewählt

Mit einer starken Rückendekkung der Bischöfe wurde der Erzbischof von Buenos Aires, Kardinal Jorge Bergoglio, am Dienstag mit zwei Drittel der Stimmen bereits im ersten Wahldurchgang wieder als oberster Hirte der Bischofskonferenz gewählt. Somit bekleidet Bergoglio weitere drei Jahre dieses Amt, das er bereits 2005 übernahm. Seine erneute Wahl ist eine schlechte Nachricht für die Regierung, denn Bergoglio war schon immer ein strenger Kritiker ihrer Führung.

Gespaltene Opposition

Trotz beginnender Rezession nach sechseinhalbjährigem Aufschwung der Wirtschaft bemüht sich Expräsident Néstor Kirchner, der nach wie vor die entscheidenden Maßnahmen der Exekutive bestimmt, um die Weichenstellung für die nächstjährigen landesweiten Parlamentswahlen. Hierfür muss wie bisher die Staatskasse für Subventionen und Staatsbauten herhalten. Damit sollen auch bei Wirtschaftsflaute die Stimmen gesammelt werden, damit die Regierungspartei Front für den Sieg zusammen mit der Justizialistischen Partei, dessen formeller Vorsitzender Néstor Kirchner ist, als erste Minderheit einen Wahlsieg davon tragen kann, auch wenn dabei Parlamentssitze verloren gehen. Mit 30 bis 35 Prozent der Stimmen, zumal in der entscheidenden, weil bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires, könnte Kirchner sich im Oktober 2009 brüsten, die Wahlen gewonnen zu haben, obwohl eine solche Wahl um mindestens zehn Prozentpunkten unter letztjährigem Ergebnis der Präsidentenwahl liegen würde.

Das Wahlergebnis nächsten Jahres würde indessen ganz anders aussehen, sollten die größten Oppositionsparteien eine Wahlallianz schmieden, indem sie mit vereinigten Listen von Kandidaten für die Parlamente antreten. Bei 24 Gliedstaaten und über 2.000 Gemeinden lassen sich freilich nicht überall gemeinsame Kandidatenlisten aufstellen. Für einen Wahlsieg sind indessen die größten Gliedstaaten Buenos Aires Stadt und Provinz, Santa Fe, Córdoba, Entre Ríos und Mendoza ausschlaggebend, wobei die Provinz Buenos Aires mit Abstand der wahlmäßig wichtigste Distrikt ist.

Vorerst sind die größten Oppositionsparteien gespalten, obwohl einige von ihnen auch im Vorjahr Allianzen mit gemeinsamen Listen geschlossen haben. Im nationalen Kongress agieren ihre Deputierten und Senatoren fallweise gegen die Exekutive und ihre Projekte, machen aber in einigen Fällen mit. Von einer geeinten Opposition kann nicht die Rede sein. Nur die Abstimmungen über den berüchtigten Ministerialbeschluss 125 im Kampf der Regierung gegen die Landwirte, trat die Opposition im Kongress mit Einzelausnahmen gemeinsam auf und gewann die Kampfabstimmung im Senat dank der Stimme des Vizepräsidenten Julio Cobos nach einem Patt.

Seither sind Gespräche über mögliche Allianzen für Oktober 2009 unterwegs. Im sogenannten Feld der Parteien, die sich links von der Mitte verstehen, darunter die UCR-Radikalen, deren Abtrünnige (Bürgerliche Koalition von Elisa Carrió und Cobos-Radikale) und die Parteisozialisten, werden intensive Kontakte angeknüpft, wobei Vizepräsident Cobos vorerst seine neueste Partei, genannt Föderaler Konsens, aufbaut. UCR und die Bürgerliche Koalition haben bereits ein Abkommen vereinbart.

Im anderen Oppositionsfeld, das sich rechts von der Mitte etabliert, agieren PRO von Regierungschef Mauricio Macri, die Gefolgsleute von Ricardo López Murphy, die Altkonservativen und die Reste der Fortschrittsdemokraten. Bislang sind keine Kontakte bekannt geworden, die auf gemeinsame Listen mit der Mitte-Links-Gruppe deuten würden. Indessen ist ein echtes Zusammengehen der Opposition, um die Regierungspartei in den Parlamentswahlen klar zu besiegen, nur möglich, wenn die meisten Parteien beider Lager sich einigen, gemeinsame Kandidatenlisten aufstellen und sich auf wenige, aber konkrete Wahlpostulate verständigen, die ihre Wähler ansprechen. Damit ein solcher Versuch fruchtet, muss als oberstes Wahlziel der Sieg in Stimmen gegenüber den Regierungsparteien sein.

Der Haken liegt freilich im Detail. Gemeinsame Kandidatenlisten heißt, dass jeweils nur ein Kandidat die Spitze erringt und je nach Bevölkerungszahl der Gliedstaaten wenige Kandidaten mehr Aussicht auf einen gewählten Parlamentssitz haben. Wer bereit ist, zu verzichten, ist von Anbeginn ungewiss. Die meisten Politiker ziehen erfahrungsgemäß eigene Listen mit weniger Wählern vor, sofern sie dabei als Listenerste gewählt werden, anstatt gegebenenfalls bei gemeinsamen Listen unter zu gehen.

Dieses praktischen Problem für die Aufstellung gemeinsamer Listen will der justizialistische Außenseiter Francisco de Narváez mit einem Vorschlag zur Lösung beikommen. Bei gemeinsamen Listen sollten am gleichen Tag Internwahlen in den Parteien der Wahlallianz abgehalten werden, so dass die jeweiligen Stimmen dafür sorgen, wie die Listen zusammen gestellt werden. Wer die meisten Stimmen der Internwahl erhalten hat, wird Listenerster und dann folgen die anderen. So einfach wäre das.

Ob argentinische Oppositionspolitiker bereit sind, über ihren eigenen Schatten zu springen und sich dem Risiko der Internwahlen auszusetzen, um einen Platz auf der gemeinsamen Liste zu ergattern, erscheint derzeit als äußerst fraglich. Oppositionspolitiker pflegen stets zunächst mit einem Auge auf andere Oppositionspolitiker als die echten Konkurrenten bzw. Wahlfeinde zu blicken, anstatt das Augenmerkt auf die Regierung zu setzen, die es als Opposition zu besiegen gilt. Andere Oppositionelle werden durchweg disqualifiziert, anstatt gemeinsame Positionen zu erarbeiten, um sich dank gemeinsamen Listen der Möglichkeit eines Wahlsieges zu erfreuen. Solange die größten Oppositionsparteien wahlmäßig eigene Wege gehen und um die selben Stimmen buhlen, wird die Regierungspartei sich auch mit weniger Stimmen als im Vorjahr eines Wahlsieges brüsten können. Das ist das Salz der Politik.

Randglossen

Gesundheitsministerin Graciela Ocaña besiegte ihren Widersacher Héctor Capaccioli, der das Gesundheitsamt leitete, aber gleichzeitig Gelder für die Wahlfeldzüge der Kirchners sammelte. Hier ergaben sich neuerdings deutliche Korruptionsfälle nicht nur bezogen auf den berüchtigten Koffer mit fast 800.000 Dollar, sondern neuerdings auch auf Pharmafirmen, die Ephedrin erzeugen und in Verbindung mit einer mexikanischen Drogenmafia standen. Drei angebliche Wahlspender, die mit Namen und Identitätsdokument in der Spenderliste der Regierungspartei aufgeführt waren, erklärten nach Befragung, nichts davon zu wissen, weil sie keinen Centavo gespendet hätten. Die Präsidentin setzte auf ihre Ministerin und Kabinettschef Sergio Massa bewog Capaccioli zum Rücktritt, ohne dass deshalb die Spendenskandale aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechnung gezogen worden wären.

Bundesrichter Octavio Aráoz de Lamadrid nahm der Anzeige des Rektors der Universität von Buenos Aires, Rubén Hallú, an und den Prozess gegen mehrere Studentenführer, die Ende Mai die Sitzung des Universitätsrats gewaltsam unterbrachen und mehrere Ratsmitglieder vor Ort ihrer Freiheit beraubten, eröffnet. Randalierende Studentenaktivisten pflegen seit Jahren den Universitätsrat zu bedrängen, indem sie die Ratssitzungen unterbrechen, um ihre Forderungen gewaltsam durchzusetzen. Das gelingt ihnen freilich nicht. Schließlich hat der Richter die Klage angenommen und die Studenten mit je 10.000 Pesos gepfändet. Anstatt Kundgebungen zu veranstalten, die Passanten verärgern, Sitzungen des Universitätsrats entweder zu verhindern oder zu unterbrechen und stets den Unterricht zu stören, werden sich die Aktivisten künftig um ihre Prozesse kümmern müssen, während sie auf die Urteile warten. Peinlich.

AUSFLÜGE UND REISEN

Die tausendundein Patronatsfeste Argentiniens

Luyaba ist ein an sich unbedeutendes Dorf im Südwesten von Cór-doba, jenseits der Sierra Grande, fast am Fuß des mächtigen Champaquí (knapp 3000 Meter hoch), halbwegs zwischen Merlo und San Javier gelegen. Aber immerhin auch Kreishauptstadt, in Córdoba Pedanía genannt.

Vor etwas mehr als zehn Jahren ärgerte sich Pocho Fernández, damals 65, darüber, dass es von Jahr zu Jahr schwieriger war, für einen echten Puchero oder Suppeneintopf ein zünftiges Huhn zu bekommen. Hähnchen, ja, also Pollos, die bekam man. Aber echte, ausgewachsene Hennen wie einst, das war von mal zu mal schwieriger. Weil er aber auf sein Lieblingsgericht nicht verzichten, sondern sein Andenken wachhalten wollte, beschloss er 1995 mit seinen Zech- und Stammtischbrüdern, einen richtigen Wettbewerb auszuschreiben. So riefen sie die Fiesta de la Gallina Hervida ins Leben. Fernández und seine Kollegen beschafften sich jedes Jahr im Februar 200 ausgewachsene Gallinas Criollas und bereiteten sie in einer Gulaschkanone zu einem schmackhaften Hühnereintopf, der von den knapp 2000 Einwohnern von Luyaba und immer zahlreicher herbeiströmenden Gästen bald sehnsüchtig erwartet wurde und auch sehr mundete.

Misachico auf einer Landstraße in Catamarca.

Diese originelle Fiesta de la Gallina Hervida ist nur eines von mehr als tausend Festen, Fiestas oder Festivales, die landein, landab in Argentinien zelebriert werden - drei bis vier jeden Tag irgendwo, oft zwei pro Jahr für jede Ortschaft, sei es Stadt, Dorf oder Weiler.

Denn bei den zahlreichen Festen, die die Landesbewohner feiern und begehen, gibt es etwas ganz Wichtiges: Da viele dieser Feierlichkeiten ein festes Datum haben, dieser Tag aber auf einen Sonntag fallen könnte, wo man sowieso nicht arbeitet, sondern faulenzt, gibt es meistens in jedem Ort eine Fiesta Grande, das Hauptfest, und die Fiesta Chica, die dann aber mit Sicherheit auf einen Wochentag fällt.

Patronatsfest in Escoipe (Salta).

Der argentinische Volkstumexperte Félix Coluccio hat schon vor Jahren ein Buch unter dem Titel „Fiestas Populares de la Argentina“ geschrieben, in dem die traditionellen Fest- und Feiertage zusammengefasst sind und beschrieben werden. Doch ständig steigt die Zahl der Feierlichkeiten. Und wenn man schon nicht die Ehre bzw. Auszeichnung einer „Fiesta Nacional“ ergattern kann, dann ist es wenigstens eine „Fiesta Provincial“, die man feiert: del Mani, del Ternero, del Dorado und del Surubí, de la Cereza und de la Cerveza (mehrere), del Chorizo Colorado und del Salame, del Ajo, del Ají oder del Tomate und de la Frutilla.

Und, besonders wichtig, fast allenthalben wird dann auch die entsprechende Reina bzw. Prinzessin gewählt, für die Dorfschönen das überhaupt größte Ereignis.

In San Andrés de Giles beispielsweise gibt es eine Fiesta del Chancho con Pelos, das ist eine Variante des traditionellen Asado con Cuero. In diesem Fall wird ein ganzer Ochse in einer mit Glut gefüllten Grube gebraten, in jenem, eine etwa 140 Kilo schwere, ungehäutete Sau, die sechs Stunden lang schmoren muss, bevor sich die Gäste an das zarte, fettarme Fleisch heranmachen können.

Nicht alles geht wie die Sau in sechs Stunden über die Bühne. Für die Fiesta Nacional del Salame Quintero in Mercedes, Provinz Bue-nos Aires, oder die Fiesta del Salame Casero in Colonia Caroya, Cór-doba, müssen die Unmengen der mit gehacktem und gewürztem Fleisch gestopften Rohwürste einen Monat lang luftgetrocknet werden.

Viele der Feierlichkeiten sind dem Lokalpatron gewidmet oder ganz und gar religiös, wie etwa Ostern oder Weihnachten. Im Nordwesten beliebt sind die Misachicos: zum Patronatsfest strömen Hunderte von Gläubigen herbei, die das Jahr über in einer Ecke des Wohnzimmers oder der Hauskapelle stehende Muttergottes oder eine sonstige Heiligenstatue auf einer Pritsche einhertragend. Mit Flöte, Trommel und Gitarre wird der/die Heilige oft über weite Entfernungen unter Musikbegleitung über Land getragen, um dann in der Pfarrkirche bei der Kirchweih gesegnet zu werden.

Auf dem Patronatsfest, dem Gedenktag des Schutzheiligen, wird dann wie drüben bei der Kirmes (von Kirchmess) gegessen, gelacht, getanzt und getrunken.

Unter den Info-Listen der Secretaría de Turismo befindet sich auch eine Broschüre „Fiestas Populares“.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:
www.allesdeutsch.com.ar
...für alle, die es deutsch mögen.

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Deutschstunde mit Augenzwinkern

Bastian Sick im Deutschen Klub

Buenos Aires (AT/re) - Bastian Sick, Autor der Buchreihe „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“, machte auf seiner Südamerikatour Station in Buenos Aires und folgte damit der Einladung des Deutschen Klubs und des Goethe-Instituts. Die Nachfrage war groß, doch der Saal im Deutschen Klub bot nur Platz für 120 Zuhörer. Diese bekamen einen unterhaltsamen 90-minütigen Vortrag geboten.

Der prominente Gast aus Deutschland war sichtlich bemüht, der Veranstaltung nicht den Charakter einer reinen Lesung zu geben. Mal erzählte er mehr oder weniger interessante Anekdoten aus seinem Leben, an anderer Stelle gab er a capella spanisches Liedgut á la „¡Viva España!“ zum Besten.

Doch glücklicherweise standen nicht die musikalischen Darbietungen des Journalisten im Vordergrund, sondern der Umgang mit der deutschen Sprache. Dies ist auch das Thema seiner deutschlandweit bekannten Zwiebelfisch-Kolumne, die seit 2003 bei Spiegel Online (www.spiegel.de/kultur/zwiebelfisch) und seit 2005 auch in der Kulturbeilage des gedruckten Spiegel erscheint. Auf unterhaltsame Weise werden Zweifelsfälle der Grammatik, der Rechtschreibung und der Zeichensetzung sowie unschöne und ungeschickte Ausdrucksweisen der deutschen Sprache behandelt.

So auch an diesem Abend. Exemplarisch mussten da zunächst die Präpositionen herhalten, wenn zum Beispiel die geschätzte Frau Nachbarin nur mal kurz „nach Aldi geht“. Auch die zunehmende Apostrophierung des Plural-s wurde durch den Kakao gezogen, so die Aufschrift eines Werbeplakats: „Los geht’s immer Mittwoch’s“. Mit der Erörterung, ob es nun „die oder das Nutella“ heißt, streute Sick noch einen Klassiker in sein Programm ein. Da gebe es sehr unterschiedliche Ableitungsmöglichkeiten. So sei im Schwäbischen „der Teller“ mit einem sächlichen Artikel versehen, also „das Teller“, folglich müsse es auch das Nutella heißen. Leite man den Begriff dagegen von der weiblichen „Nuss-Nougat-Creme“ ab, so lande man bei „die Nutella“, sagte der Norddeutsche mit einem Augenzwinkern.

Gegen Ende des Vortrags lieferte der 43-Jährige noch ein linguistisches Phänomen aus der hiesigen Sprachrealität. So erkundigte sich der Lübecker, der sich seine Spanischkenntnisse außerhalb Argentiniens angeeignet hat, bei einem Mann auf der Straße nach der „Calle de la Valle“, die Sick aussprach, wie man dies in der spanischsprachigen Welt außerhalb Argentiniens zu tun pflegt. Der Porteño guckte verdutzt und warf einen kurzen Blick auf den Stadtplan, ehe er den Straßennamen „Calle de la Valle“ in der ihm eigenen Mundart aussprach. Sick verstand nur Bahnhof, doch mittlerweile ist ihm ein Licht aufgegangen, denn es handelte sich nicht etwa um einen Sprachfehler des Mannes, sondern um das „ll“, wie es die Porteños nun mal aussprechen. Auch der Oberlehrer der laut Guinness-Buch der Rekorde „größten Deutschstunde der Welt“ - 15.000 Zuhörer verwandelten im März 2006 die Kölnarena in das weltweit größte Klassenzimmer - lernt halt nicht aus.

Die Katastrophe von Aerolíneas Argentinas

Die vom Parlament abhängige Kontrollstelle “Auditoría General de la Nación” hat einen Bericht über die Luftfahrtunternehmen Aerolíneas Argentinas und Austral ausgearbeitet, der u.a. darauf hinweist, dass der Verlust per Ende Juli $ 2,19 Mrd. beträgt, das negative Vermögen $ 894 Mio. erreichte, und der Bedarf an Arbeitskapital $ 1,53 Mrd. ausmacht. AA weist per Ende Juli eine Schuld von $ 1,89 Mrd. aus, und Austral eine von $ 300 Mio. Ab 10. Juli hat der Staat den Unternehmen $ 737 Mio. übertragen. Die “Auditoría” weist darauf hin, dass die Analyse nicht abgeschlossen werden konnte, weil die beiden Unternehmen sich im Rückstand mit der Lieferung von Information befinden.

Das staatliche Amt für Bewertungen (Tribunal de Tasaciones de la Nación) hat für beide Firmen ein negatives Vermögen von u$s 832 Mio. ermittelt. Doch die Schweizer Bank Credit Suisse, die von den privaten Inhabern der Unternehmen beauftragt wurde, diese zu bewerten, gelangte auf einen positiven Betrag zwischen u$s 330 und u$s 546 Mrd. Die Differenz zwischen den beiden Bewertungen beträgt somit mindestens u$s 1,16 Mrd.

Man müsste hier klar stellen, ob einfach die Bilanz genommen wird, oder ob auch die Schuld des Staates am Ergebnis berücksichtigt wird. Denn die Regierung hat nur unzureichende Tariferhöhungen zugelassen, dazu noch mit Verspätung, und den Unternehmen keine Möglichkeit gegeben, ihr Personal- und Gewerkschaftsproblem zu lösen. Bei sieben Gewerkschaften, von denen stets eine streikt und den Betrieb stilllegt oder zumindest stört, und bei einer Belegschaft von zusammen fast 10.000 Personen, wobei bestenfalls 3.000 notwendig sind, waren die Unternehmen zu Verlusten verdammt. Wenn die Regierung die Lösung dieser Missstände nicht erlaubt, und danach die sich ergebenden Verluste als echte Unternehmensverluste betrachtet, so führt das zu einer kalten Enteignung.

Der Staat soll laut Gesetz die Unternehmen durch Kauf übernehmen. Auch wenn dabei für das Kapital nichts gezahlt wird, weil das Vermögen negativ ist, so muss der Staat jedoch die Schulden der Gesellschaften übernehmen und dann mit einem hohen monatlichen Zuschuss rechnen. Grob berechnet, müssen über eine Million Dollar pro Tag beigesteuert werden, um AA und Austral in Betrieb zu erhalten.

Unter diesen Umständen fällt auf, dass die Marsans-Gruppe, die das Kontrollpaket der Unternehmen besitzt und bis zur Intervention durch die Regierung die Firmen leitete, mitgeteilt hat, dass sie bereit sei, Kapital zu AA und Austral beizutragen, wenn es schliesslich nicht zum Kauf durch den argentinischen Staat käme. Für den Staat bestünde die beste Lösung darin, die Unternehmen nicht zu kaufen und die Inhaber bei ihren Bemühungen zu unterstützen, sie zu sanieren und das Defizit abzuschaffen. Das würde die Belastung für die Staatsfinanzen auf die Subvention für bestimmte nicht rentable Strecken und für den Treibstoff für den internen Flugverkehr begrenzen.

Bei der Übernahme durch den Staat muss man auch berücksichtigen, dass die Flugzeuge bei Auslandsflügen Gefahr laufen, beschlagnahmt zu werden. Die Haltung der Richter bei Forderungen von Holdouts u.a. Gläubigern des argentinischen Staates verhärtet sich zunehmend. Auch wenn es sich um Leasing, also gemietete Flugzeuge handelt, könnte ein Richter die Beschlagnahme verfügen, da die Mietzahlungen als Anzahlungen auf den Preis berechnet werden, so dass schon vor der gesamten Zahlung ein Teilbesitz besteht. Juristisch lässt sich gewiss über den Fall streiten; aber gegenüber einem faulen Schuldner, wie es der argentinische Staat ist, haben die Richter weniger Rücksicht.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollakurs schloss am Donnerstag zu $ 3,33, um 5,05% über Ende 2007. Die ZB musste wieder Dollar kaufen, um einen weiteren Kursrückgang zu verhindern, wobei allerdings die Nachfrage nach Devisen durch Massnahmen der ZB und Steuerkontrollen künstlich verringert wurde. Deshalb wurde der Dollar auf dem Schwarzmarkt zu $ 3,46 und auch höher gehandelt. Der Rofex-Terminkurs notierte zum 2.2.09 zu $ 3,449, zum 31.3.09 zu $ 3,540, zum 30.6.09 zu $ 3,645, zum 30.9.09 zu $ 3,725, zum 30.11.09 zu $ 3,80 und zum 31.2.10 zu $ 3,940.

***

Der Merval-Aktienindex ging in einer Woche zum Donnerstag um 10,56% zurück, und gegenüber Ende 2007 um 52,79%.

***

Die Staatsbonds sind letzte Woche erneut stark gefallen. Par-Bonds in Pesos gingen zum Donnerstag gegenüber der Vorwoche um 5,45% zurück, und gegenüber Ende 2007 um 59,68%. Discount Bonds in Pesos sanken um 9,57%, bzw. 63,49%, Boden 2014 um 11,54%, bzw. 63,49%, Boden 2012 um 9,76%, bzw. 54,41% und Boden 2013 um 9%, bzw.53,73%.

***

Die Währungsreserven der ZB betrugen zum 31.10.08 u$s 44,94 Mrd., um 3,11% weniger als in der Vorwoche und 2,67% unter Ende 2007. Der Notenumlauf betrug $ 73,71 Mrd., um 1,56% über der Vorwoche und um 1,46% unter Ende 2007.

***

Die gesamten Depositen des Bankensystems lagen am 31.10.08 bei $ 217,43 Mrd., um 1% unter der Vorwoche und um 13,59% über Ende 2007. Im Laufe des Jahres nahmen Girodepositen um 25,24% zu, Sparkassendepositen um 2,55% ab und Fristdepositen um 28,54% zu, wobei Depositen von 180 bis 365 Tage um 92,87% stiegen. Die Banken mussten die Passivzinsen stark erhöhen, um Depositen anzuziehen. Für Depositen auf 60 und mehr Tage wurde am 10.11.08 1,63% monatlich gezahlt (und bei hohen Beträgen auf mindestens 180 Tage mehr), gegen 1,30% eine Woche zuvor.

***

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurde an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 21,02% diskontiert (Vorwoche: 22,5%), auf 60 Tage zu 24,78% (23,74%), auf 90 Tage zu 28,12% (26,08%), auf 120 Tage zu 29,93% (27,64%) und auf 180 Tage zu 33,18% (28,87%).

***

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat zu $ 50,01 pro Gramm gehandelt (Vorwoche: $ 52,61), und bei 24 Karat zu $ 86,60 ($ 89,90).

***

Die ZB hat am Mittwoch durch Mitteilung A 4.872 die Pflichtreserven der Banken gesenkt, und auf diese Weise die Kreditfähigkeit um $ 10,5 Mrd. erhöht. Gleichzeitig wurde die Kreditlinie der ZB für aktive "Swaps" der Banken, zu festem Zinssatz, von $ 3 auf $ 10 Mrd. erhöht. Auf diese Weise soll Druck auf die Zinsen ausgeübt werden.

***

Präsidentin Cristina Kirchner gab am Mittwoch bekannt, dass im Oktober ein Handelsbilanzüberschuss von u$s 1.137 Mio. erreicht worden sei (gegen u$s 1.166 Mio. im Oktober 2007), so dass in den ersten 10 Monaten 2008 ein Überschuss von u$s 11.366 Mio. erreicht worden sei, 37,9% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode, und mehr als die u$s 11.072 Mio. von ganz 2007. Die Exporte haben in 10 Monaten fast u$s 60 Mrd. erreicht.

***

Die Börse von Rosario hat die Weizenernte der Periode 2008/09 auf 9,5 bis 10,5 Mio. Tonnen berechnet, gegen 11 Mio., die noch vor kurzem geschätzt wurden. Gegenüber den 16 Mio. t der Periode 2007/08 beträgt der Rückgang um die 40%.

***

Die Regierung hat das Gesetz über die obligatorische Beimischung von 5% Bioäthanol zum Benzin ab 22010 reglementiert. Der Preis des Äthanols (Alkohol) soll der höchste sein, der zwischen dem für Normalbenzin und den Kosten für das Äthanol plus einer vernünftigen Rentabilität liegt. Da das Benzin mit 67% besteuert wird und das Äthanol nicht, erhält dieses somit indirekt eine Subvention in dieser Höhe. Es wird mit einer Nachfrage von 300 Mio. Litern jährlich gerechnet. Dieser Alkohol ergibt sich als Nebenprodukt der Zuckererzeugung. Schon 1978 wurde in Tucumán und einigen anderen Provinzen die Beimischung von Äthanol zum Benzin verfügt. Das wurde später wieder abgeschafft, weil es unwirtschaftlich war.

***

Der Construya-Index, der auf der Grundlage der Lieferungen von 13 grossen Baumaterialfabrikanten aufgestellt wird, lag im Oktober um 5% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 9,56% unter Septemebr 2008. Dennoch liegt der Index um 115% über Mai 2003, als Néstor Kirchner als Präsident angetreten ist. Im Juli 2008 lag die interanuelle Zunahme bei 19,4%. Seither ist der Index um 13,8% zurückgegangen, wobei er jedoch im September noch um 5,7% über dem Vorjahr lag. In 9 Monaten 2008 liegt der Index um 7,6% über dem Vorjahr.

***

Die Provinz Misiones hat durch eine provinzielles Gesetz verfügt, dass die "Yerba Mate", die in der Provinz erzeugt wird, auch in der Provinz verarbeitet werden muss. Das bedeutet einen konkreten Schaden für Mate-Mühlen in Corrientes, besonders Las Marías (Marke Taraguí) und Colonia Liebig (Marke Aplayadito). Aber auch Molinos Rio de la Plata, mit Betrieb in Bundeshaupstadt und Cbsé von Santa Fé werden betroffen. All diese Unternehmen werden voraussichtlich Klage bei der nationalen Justiz wegen Verfassungswidrigkeit der Norm einreichen.

***

Der landwirtschaftliche Verband "Confederaciones Rurales Argentinas" hat den Verlust, der durch die Regierungsintervention bei den Getreide- und Ölsaatmärkten entstanden ist, auf u$s 2,23 Mrd. berechnet, die auf 2008 und 2009 entfallen. Besonders negativ haben sich die Exportverbote bei Weizen und Mais ausgewirkt. Vom Gesamtverlust entfallen u$s 664 Mio. auf den Preisrückgang auf dem Weltmarkt, der sich wegen der Verzögerung der Exporte voll ausgewirkt hat; u$s 1,58 Mrd. entfallen auf die Wirkung einer geringeren Ernte im Jahr 2009, wobei 8,7 Mio. t weniger Weizen und Mais erwartet werden.

***

Wie letzte Woche bekannt wurde, wird die Regierung die Betreibung der Belgrano-Frachteisenbahn direkt übernehmen und den Vertrag mit dem Konzern kündigen, der aus einem chinesischen Unternehmen, der Macri-Gruppe, der Gewerkschaften der Eisenbahnarbeiter und der Lastwagenchauffeure, und der Firma EMAPA, besteht. Zu diesem Zweck soll das unlängst geschaffene Staatsunternehmen "Operadora Ferroviaria, Sociedad del Estado", eingesetzt werden. Das Netz der Belgrano-Eisenbahn zählte 1960 14.400 Km, von denen jetzt kaum 6.000 Km. benutzt werden. Diese Eisenbahn, die von Buenos Aires nach Norden und Nordwesten führt, bedarf hoher Investitionen, sowohl in Erneuerung von Schienen, wie in Lokomotiven und Waggons.

***

Der exekutive Präsident des Pariser Klubs bezifferte die argentinische Schuld mit den Staaten dieses informellen Vereins auf um u$s 7,9 Mrd. Die u$s 6,7 Mrd., die Präsidentin Cristina Kirchner erwähnt habe, bezögen sich auf die Schuld, die zum Zeitpunkt der Krise 2001/02 bestand. Danach haben sich Zinsen angehäuft.

***

Bergbausekretär Jorge Mayoral erklärte, dass Argentinien mit einer Produktion von 42 Tonnen Gold dieses Jahr zum drittgrössten Goldproduzent des Kontinentes aufgestiegen sei, nach den USA und Perú, aber vor Brasilien und Chile. Weltweit stehe Argentinien an 14. Stelle, werde jedoch binnen 5 Jahren dank neuen Goldförderungsprojekten unter den 10 ersten stehen. An der Spitze stehe China mit 266 Jato. Das grösste Goldförderungsunternehmen ist "Cerro Vanguardia" in Santa Cruz. Aber auch die Kupferbergwerke gewinnen Gold als Nebenprodukt.

***

Der Sekretär der Kammer des Einzelhandels für Eisschränke, Waschmaschinen u.a. Haushaltsartikel Fedehogar, Hugo Ganim, erklärte, der Umsatz habe im Laufe dieses Jahres ab März abgenommen, und für 2009 werde mit einem Rückgang von 20% bis 30% gegenüber 2008 gerechnet.

***

Die Oppositionszentrale der Gewerkschaften, benannt "CGT-Azul y Blanca" und geleitet von Luis Barrionuevo, hat von der Regierung gefordert, dass sie unmittelbar und für ein Jahr die doppelte Entlassungsentschädigung einführe, um der Entlassungswelle zu begegnen, der schon über 100.000 Arbeiter zum Opfer gefallen seien.

***

Die Wirtschafterin Diana Mondino weist in einem Artikel in der Zeitung "El Cronista" darauf hin, dass die Regierung bei Übernahme der Fonds, die von den Rentenkassen verwaltet werden, nur über einen geringen Betrag verfügen kann. Von den insgesamt etwa $ 95 Mrd. (die zu Marktwerten stark zusammenschumpfen) entfallen etwa 60% auf Staatspapiere, deren Verkauf einen Kollaps am Markt hervorrufen würde. Weitere 10% bestehen aus Aktien lokaler Unternehmen, die 25% des Börsenumsatzes ausmachen, so dass der Verkauf auch eine starke Baisse verursachen würde. Etwa 10% entfallen auf Fristdepositen, die ungefähr 10% der gesamten Depositen bei Privatbanken ausmachen, deren Abhebung grosse Schwierigkeiten bei den betroffenen Banken verursachen und die Kreditknappheit verschärfen würde. Dann kommen noch Anlagen in Investmentfonds hinzu, die etwa 40% des Gesamtvolumens dieser Fonds umfassen, und auch Anlagen in Treuhandfonds, die zur Finanzierung von dauerhaften Konsumgütern dienen. Werden diese Mittel abgehoben, so wirkt das negativ auf den Konsum. Schliesslich kommen noch die Auslandsanlagen hinzu, die jedoch auf Grund eines Urteils von US-Richter Griesa in Beschlag genommen worden sind und voraussichtlich den Klägern, also bestimmten Gruppen von Holdouts, ausgezahlt werden. Somit verbleibt wenig vom Bestand.

***

Die Aufsichtsbehörde der Rentenkassen (AFJP) meldet, dass die von diesen verwalteten Fonds in einem Jahr zum 31.10. 08 einen Verlust von 19,11% erlitten hätten. Das kommt der Regierung bei der Rechtfertigung der Verstaatlichung des privaten Systems sehr gelegen. Dabei wird verschwiegen, dass sich dieser Verlust u.a. aus der Tatsache ergibt, dass die Kassen CER-Indexierte Pesobonds halten (die ihnen mit sanftem Druck aufgezwungen wurden), bei denen der Index vom INDEC gefälscht wurde und somit eine weitaus geringere Zunahme aufweist, als der Wirklichkeit entspricht. Die durchschnittliche Wertzunahme (wegen Zinsen, Dividenden und Wertsteigerungen) der Rentenfonds seit Schaffung des Systems im Jahr 1994 betrug 12,73% pro Jahr, so dass die zukünftigen Rentner trotz Inflation und Betrug recht gut abschneiden.

***

Die Exporte von Pharmaprodukten lagen nach Angaben der Verbände dieser Industrie in den ersten 9 Monaten 2008 mit u$s 450 Mio. um 21,6% über der gleichen Vorjahresperiode.

***

Die Firma Albanesi (mit Sitz in Rosario) hat zwei Stromgeneratoren von insgesamt 120 MW für ihr Kraftwerk "Independencia" in Tucumán erworben. Es handelt sich um eine Investition von rund u$s 100 Mio., und die Inbetriebnahme ist für Anfang 2010 vorgesehen. Das Projekt findet im Rahmen des Planes "Energía Plus" statt, der den Verkauf des Stromes zu frei vereinbarten Preisen erlaubt. Mit der Erweiterung des Kraftwerkes in Rio Cuarto, Córdoba, und des Baus eines Kraftwerkes in Bahía Blanca (in Verbindung mit Solvay Indupa) wird Albanesi insgesamt 465 MW im Rahmen dieses Planes bereitstellen.

***

Der Verband der Stromverteiler gab bekannt, dass schon 4,25 Mio. traditionelle Glühbirnen durch Leuchtkörper mit niedrigem Kon-

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Roberto Baarts, am 13.11.; **Hertha Möller geb. Veith**, 97, am 12.11.; **Annaliese Kirsch geb. Luedicke**, 93, am 11.11.

Förderung von Erdölinvestitionen

Am Mittwoch kündigte Präsidentin Cristina Kirchner im weissen Saal des Regierungsgebäudes in grossen Zügen Pläne für die Erweiterung der Erdölproduktion und die Errichtung von Raffinerien an, die "Petróleo Plus" und "Refinación Plus" getauft wurden. Der Grundgedanke ist der gleiche wie bei den Systemen für elektrischen Strom ("Energía Plus") und für Gas (Gasplus), nämlich die Gewährung von günstigeren Bedingungen für zusätzliche Produktion. Es ist unverständlich, dass die Massnahmen für Gasförderung schon vor zwei Jahren getroffen wurden, und die für Erdöl erst jetzt, wo es sich doch im Wesen um das gleiche handelt; denn wenn gebohrt wird, kann das Ergebnis sowohl in Erdöl wie in Gas, oder in beiden, bestehen. Ebenfalls sei bemerkt, dass dieses Erdölprogramm mit reichtlicher Verspätung kommt, nachdem die Erdölförderung seit 1998 ununterbrochen zurückgeht und bekannt ist, dass die Entdeckung neuer Erdölfelder mit hohem Risiko und ebenfalls hohen Kosten verbunden ist, so dass besondere Bedingungen notwendig sind.

Planungsminister Julio de Vido erklärte, diese neuen Programme seien dazu bestimmt, Investitionen in Höhe von u$s 8,57 Mrd. herbeizuführen, die Erdölproduktion binnen 5 Jahren um 13% zu erhöhen und 8.000 Arbeitsplätzte zu schaffen. u$s 3,85 Mrd. sollen in Forschung in marginalen (schwierigen und nicht erforschten) Gegenden investiert werden, u$s 2,5 Mrd. in Forschung auf dem Meeresgrund und u$s 300 Mio. in Erdölleitungen und Verarbeitung von schwerem Rohöl, so dass es für Raffinerien geeignet ist. Schliesslich kommen u$s 2,15 Mrd. für Raffinerien hinzu. Der Betrag liegt unter den u$s 2,5 Mrd. die von PAE genannt wurden, und die Differenz wurden nicht erklärt.Wie die Investitionssumme berechnet wurde, und wer die Finanzierung beiträgt, wurde nicht gesagt. Das Ziel der Produktionserhöhung ist reine Phantasie, da dies vom Erfolg der Forschung abhängt, der ungewiss und unbestimmt ist. Ein so wichtiges Thema wie dieses hätte gewiss mehr Information verdient.

Konkret handelt es sich darum, dass für Projekte, die im Rahmen dieses Planes genehmigt werden, Steuervergünstigungen gewährt werden, die in der beschleunigten Abschreibung der Investitionen (die somit im Extremfall pari passu zu deren Durchführung von der Gewinnsteuer abgezogen werden), und auch um eine sofortige Rückgabe der MwSt. auf Kapitalgüter für die Investitionen. Gleichzeitig hiess es, dass die Erdölunternehmen, die 2009 mehr produzieren als im Vorjahr, eine Subvention erhalten, die einen bestimmten Prozentsatz der zusätzlichen Förderung ausmacht, in Form von Zertifikaten, die für Begleichung der Exportzölle für Erdöl und Erdölprodukte eingesetzt werden können. Im Wesen bedeutet dies, dass für zusätzliche Förderung ein höherer Nettopreis gewährt wird. Schliesslich wurde bestimmt, dass die Erdölforschung auf dem Meeresgrund und von nicht konventionellen Lagern (wie z.B. wenn sich das Erdöl unter kompakten Sandschichten befindet) im Rahmen des Gesetzes 26.360 über Infrastrukturprojekte behandelt wird, was eine Befreiung der Importen von Kapitalgütern von der MwSt. und eine beschleunigte Abschreibung gestattet.

Die Erläuterungen der Präsidentin und des Ministers De Vido waren sehr allgemein gehalten und werfen viele Fragezeichen auf. Erst wenn der Text des Gesetzesprojektes bekannt wird, und wenn sich die Erdölexperten über das Thema äussern, wird man genauer wissen, um was es sich hier handelt.

Pan American Energy plant Raffinerie für u$s 2,5 Mrd.

Die grosse lokale Erdölfirma Pan American Energy (die gegenwärtig der grösste Rohölexporteur des Landes ist), die zu 40% der Firma Bridas (Familie Bulgheroni) und zu 60% der britischen BP gehört, hat mit der Regierung einen Absichtsbrief über die Errichtung einer Erdölraffinerie mit einer Kapazität von 100.000 Barrel pro Tag unterzeichnet, die eine Investition von u$s 2,5 Mrd. darstellt. Carlos Bulgheroni, Präsident von Bridas, erklärte, die erste Etappe des Faktibilitätsstudiums sei schon vollendet. Jetzt habe die Firma sich verpflichtet, die zweite Etappe der Studie in Angriff zu nehmen, wobei die Gesamtstudie dem Planungsministerium vor dem 31. März 2009 vorgelegt werden soll. Danach käme dann die Verhandlung über die Rahmenordnung für Raffinerien, die ihnen eine angemessene Marge sichert, und auch die Projektstudie in allen Einzelheiten. Die Raffinerie soll 2014 in Betrieb genommen werden

Über den Standort gab es keine Mitteilung. Aber es wird vermutet, dass die Raffinerie in Bahía Blanca oder an der patagonischen Küste errichtet werden wird, da das Erdöl von Pan American Energy aus den Provinzen Santa Cruz und Chubut stammt, wo die Konzessionen unlängst verlängert wurden. Auch dies ist in diesem Zusammenhang wichtig, da es der Raffinerie die Erdölzufuhr sichert. Die Finanzierung sollte für internationale Erdölfirmen, vor allem British Petroleum, nach den anormal hohen Preisen, die bis vor kurzem für Erdöl galten, die zu hohen Gewinnen geführt haben, kein Problem sein. Das Projekt hängt nicht vom internationalen Kapitalmarkt ab, kann jedoch auch Bankfinanzierung erhalten, sonfern BP Garantien erteilt.

Argentinien benötigt seit langem eine Erweiterung der Kapazität der Erdölraffinierung, sei es über Erweiterung der bestehenden (von YPF, Shell und Esso) oder die Errichtung von neuen. Gegenwärtig exportiert das Land Rohöl und importiert gleichzeitig zunehmend Dieseltreibstoff, Heizöl u.a. Erdölprodukte. Das bringt hohe Frachtkosten mit sich, die durch Raffinierung im Land vermieden würden. Die Regierung hat sich in den letzten Jahren mit dem Thema befasst, ist dabei jedoch in einer Sackgasse gelandet. Für eine staatliche Raffinerie fehlen die Mittel und die Technologie. Und bei den privaten Firmen, auch der venezolanischen PdeVSA, die diesbezüglich angesprochen wurde, besteht kein Interesse, solange die Erdölraffinierung ein schlechtes Geschäft, eventuell sogar ein Verlustgeschäft ist. Der Druck der Regierung auf Shell, mit Verhängung von hohen Bussen wegen angeblicher Verletzung des totalitären Versorgungsgesetzes aus dem Jahr 1974, dessen Gültigkeit juristisch in Frage gestellt wird, ist ein Hemmnis für diese Firma und für andere, um sich weiter in der Erdölraffinierung und dem Vertrieb zu engagieren.

Die Raffinerien haben in den letzten Jahren Betriebsverluste mit Gewinnen ausgeglichen, die sie beim Export von Benzin erzielt haben. Aber auch hier wurden die Bedingungen unlängst geändert, so dass das Geschäft nicht mehr so günstig ist. Eventuell kommt es jetzt, als Nebenprodukt der Verhandlung mit Pan American Energy, zur Ausarbeitung einer Rahmenordnung für Raffinerien. Das ist jedoch etwas ganz anderes als die Steuervergünstigungen, die die Regierung jetzt im Rahmen des Planes "Refinación Plus" verspricht, bei denen es sich um Anreize für die Investition handelt, aber nicht um strikte Regeln für die Erhaltung der Bruttomarge (Differenz zwischen dem Preis Erdölprodukte und dem des Rohöls).

---

sum (und viel längerer Dauer) ersetzt worden seien. Der offizielle Plan hatte sich in einer ersten Etappe ein Ziel von 5 Mio. Glühlampen gesetzt, dann in einer zweiten 20 Mio.

***

Der Genossenschaftsverein "Asociación de Cooperativas Argentinas " (ACA) hat eine Investition von u$s 5,5 Mio. bekanntgegeben, um die Produktion von Samen um 60% auf 400.000 Säcke jährlich zu erhöhen.

***

Bei der Wechselausschreibung der ZB vom Dienstag wurden Angebote in Höhe von $ 640 Mio. angenommen. Für Lebac auf 49 Tagen wurden 13,05% gezahlt, für Nobac auf 98 Tage 0,40% über Badlar-Satz, für Nobac auf 196 Tage 0,70% über Badlar, und für Nbac auf 273 Tage 1,20% über Badlar.

***

Die Präsidentin Cristina Kirchner hat am Dienstag ein Gesetzesprojekt vorgestellt, durch das die Fabrikation von Motorrädern und deren Teile in Argentinien durch Steuervergünstigungen von insgesamt umgerechnet u$s 60 Mio. in fünf Jahren gefördert werden soll. Die Unternehmen müssen eine Investition von u$s 1 Mio. nachweisen und einen Plan der progressiven Integrierung mit lokal gefertigen Teilen vorlegen. Für die im Rahmen dieses Systems importierten Teile wird der Zollsatz von 20% auf 2% gesenkt, und von 35% auf 17,5% für fertige Motorräder, die im Verhältnis zur lokalen Produktion importiert werden dürfen. Der Verkauf von Motorrädern ist von 64.000 Einheiten im Jahr 2004 auf 678.000 2007 gestiegen, wobei die Präsidentin für 2008 700.000 anvisierte.

***

Das Haushaltsgesetz für 2009 hat beiläufig auch die ZB-Charta dahingehend geändert, dass die Regierung ermächtigt wird, u$s 10 Mrd. von den Währungsreserven der ZB für Zahlung fälliger Staatsschulden in ausländischen Währungen einzusetzen. Ausserdem wurden die Statuten der Banco Nación durch ein diesbezügliches Gesetz geändert, so dass das Schatzamt Kredite beanspruchen kann, die faktisch umgerechnet u$s 5 Mrd. ausmachen.

***

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass die Löhne durchschnittlich im September 2008 um 1,8% über August und um 27,2%

über dem gleichen Vorjahresmonat lagen. Im privaten Bereich betrug die Zunahme 19,7%, bei den privaten Schwarzarbeitern 37,1% und bei Beamten 24,9%.

***

Im Bereich der Schlachthäuser und Gerbereien wurden in den letzten Wochen schon 1.400 Arbeiter entweder entlassen, oder auf befristete Zeit ausgesetzt, oder es wurden Ferien vorverlegt.

***

Die Grossistensupermarktkette Makro hat in San Juan ihre 18. Filiale eröffnet. Es handelt sich um eine Investition von $ 30 Mio.

***

Am 20. November tritt der am Dienstag im Amtsblatt veröffentliche Beschluss der AFIP in Kraft, durch den Steuerschulden bis zum 31.12.07 in bis zu 120 Monatsraten zu einem Zinssatz von 1,5% monatlich bezahlt werden können.

***

Die Firma Mastellone Hnos, die grösste der Milchindustrie (Marke "La Serenísima"), hat der Börse einen Verlust von $ 118,03 Mio. für das am 30. September 2008 abgelaufene Geschäftsjahr gemeldet. Es handelt sich um das dritte Verlustjahr in Folge. Die Firma beklagt sich über geringe zugelassene Preiszunahmen, bei Lohnerhöhungen von 30% in diesem Jahr, plus die Erhöhung des Milchpreises um 25% und des Strompreises um 40%. Beim Export von Trockenmilch erlitt das Unternehmen die Folgen eines Höchstpreises, wobei der Überpreis an den Staat ging, was gelegentlich einem Exportzoll von 50% entsprach.

***

Die Stiftung Fundelec berichtet, dass der landesweite Stromkonsum im Oktober 2008 um 1,3% über dem gleichen Monate 2007 lag. In den ersten 10 Monaten 2008 war der Stromkonsum um 2,4% höher als im Vorjahr. Nach dem 19. Oktober, als die Zeit um eine Stunde vorverlegt wurde, nahm der Konsum gegenüber dem Vorjahr in Spitzenmomenten um 264 MW ab.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die hausgemachte Rezession

Die Rezession in den USA und Europa hätte eigentlich an Argentinien sanft vorbeigehen sollen, mit relativ unbedeutenden Nebenwirkungen. Wir hätten mit einem blauen Auge davonkommen können. Doch es kam anders, und jetzt steht in Argentinien eine ernste Rezession bevor, der die Regierung fassungslos gegenübersteht, ohne zu begreifen, was in Wirklichkeit geschieht.

Nehmen wir an, die Regierung hätte den absurden Konflikt mit der Landwirtschaft vermieden und sich mit dem gewiss nicht geringen Exportzoll von 35% auf Sojabohne begnügt. Die Landwirte hätten dann voraussichtlich ihre Sojabohnenernte sofort verkauft, und sie wäre zu den ausserordentlichen hohen Preisen exportiert worden, die im 2. Quartal vorherrschten. Auch Mais, Sonnenblume u.a. Produkte wäre in grossen Mengen zu hohen Preisen exportiert worden. Die Landwirte hätten dabei hohe Einnahmen erzielt, weiter Landmaschinen, Kfz. u.a. Güter gekauft, und überhaupt mehr Geld ausgegeben, womit sich ihre gute Konjuntur auf die ganze Wirtschaft ausgedehnt hätte. Auch der Fiskus hätte dabei gut verdient und ein besseres Ergebnis ausweisen können, oder der Staat hätte begonnene Investitionen ohne Unterbrechung weiterführen können. Das Land hätte somit im 1. Halbjahr 2008 einen neuen Konjunkturimpuls erlebt, und das BIP wäre stärker gewachsen.

Auch die Dürre, die ab März (und bis November) eingetreten ist, wäre nicht so dramatisch gewesen, da viele Landwirte finanzielle Reserven gehabt hätten. Sie hätten sich auch für eine hohe Saatfläche bei Sojabohne des Zyklus 2008/09 vorbereiten können, mit hohen Käufen von Düngemitteln. Die Ernte von 47 Mio. t Sojabohne von 2008 hätte 2009 auf bis zu 55 Mio. steigen können, da die Dürre die Landwirte gezwungen hat, weniger Weizen und Mais zu säen. Doch der Preis für Sojabohne war inzwischen stark gefallen, auch wenn er immer noch weit über dem Normalstand vergangener Jahre lag. Es waren keine u$s 600 pro Tonne mehr, aber doch über u$s 300, gegen u$s 200 und weniger in vorangehenden Jahren.

Doch die Regierung hat die Gelegenheit verpasst, mit Sojabohne den Schaden der Dürre voll aufzuholen; denn dazu war eine Senkung des Exportzolles von 35% auf höchstens 15% notwendig, und daran dachten die rachsüchtigen Kirchners eben nicht. Somit wird weniger Sojabohne gesät, als möglich gewesen wäre, wobei vor allem in Grenzgegenden, wo die Erträge niedrig sind, nicht gesät wird. Aber ausserdem wird weniger gedüngt, weil die Landwirte nicht über die Mittel verfügen, um Düngemittel zu kaufen, und die Banken ihre Kreditfähigkeit stark eingebüsst haben. Der Konsum von Düngemitteln ist gemäss Angaben der Kammer der Lieferanten von 3,7 Mio. t 2007 auf 2,5 Mio. t 2008 gefallen, was gemäss einer Berechnung der Kammer 12 Mio. t weniger an Getreide und Ölsaat bedeutet. Die Ernte 2008/09 wird voraussichtlich weit unter den 97 Mio. t der Periode 2007/08 liegen, eventuell unter 85 Mio. Tonnen, und zu niedrigeren Preisen verkauft werden. Es ist kein Konjunkturimpuls von aussen vorauszusehen, wie er 2008 trotz Störungen der Regierung, eingetreten ist.

Nicht genug damit, hat die Regierung nun auch die Initative ergriffen, um die privaten Rentenkassen zu verstaatlichen. Abgesehen davon, dass es sich um eine höchst unvernünftige Massnahmen handelt (siehe Wirtschaftsübersicht vom 25.10.08), hat dies eine verheerende Wirkung auf das Vertrauen gehabt: die ohnehin schon hohe Kapitalfucht stieg sprunghaft, Investitionen, Geschäfte im allgemeinen, und auch Käufe von Privatpersonen wurden abgesagt oder hinausgeschoben. Vertrauen ist ein wesentliches Element der Wirtschaft, dessen Bestehen zum normalen Verhalten der Wirtschaftssubjekte führt. Ohne Vertrauen benehmen sich viele Personen und Unternehmen so, dass sie dabei eine Rezession herbeiführen, oder sie verschärfen.

Präsidentin Cristina Kirchner musste die Unternehmer beschwichtigen, und beteuern, dass sie keine Verstaatlichung noch Enteignung von Unternehmen vorhabe. Kann man ihr glauben? Nach der Verstaatlichung des Rentensystems, und vorher der Rückverstaatlichung von "Aguas Argentinas", "Aerolineas Argentinas", der Post und mehrer Konzessionen von Vororteisenbahnen, der prekären juristischen Lage der Betreiber öffentlicher Dienste (die stets der Gefahr einer kalten Enteignung durch ungenügende Tarife ausgesetzt sind), und den ständigen Drohungen von Binnenhandelssekretär Moreno, ist ein Versprechen dieser Art im Mund der Präsidentin nicht glaubhaft. Viele Unternehmer, vor allem die Betreiber öffentlicher Dienste, die von der Gunst der Regierung abhängen, weil es keine Rahmenordnung gibt, die genaue Spielregeln festsetzt, leben in ständiger Furcht vor einer Rückverstaatlichung, bei der sie leer ausgehen. Kein Manager eines grossen Unternehmens traut sich, offen Kritik an der Regierung zu üben, weil er Repressalien befürchten muss, gegen das Unternehmen oder gegen ihn persönlich. Vertrauen ist wie ein wertvolles Stück aus kostbarem Porzellan; wenn es bricht, kann es zwar mit Klebstoff geflickt werden, aber es ist nichts mehr wert.

Die Rezessionserscheinungen werden immer sichtbarer, bedeutender und häufiger. Die Kfz-Verkäufe haben im Oktober und November abrupt abgenommen, wobei schon beschlossene Käufe, mit Anzahlungen, aufgehoben oder verschoben wurden. Die Automobile sind nach so hohen Verkäufen der letzten Jahre und einer weitgehenden Erneuerung des Fahrzeugparks sehr sensibel bei Anzeichen der Konjunkturabkühlung und Krisenerwartungen. Ebenfalls bei Haushaltsartikeln (Eisschränke, Waschmaschinen u.a.) und Unterhaltungselektronik ist die gute Konjunktur vorbei. Auch Bekleidung u.a. Branchen spüren dies zunemend. Die Nachfrage nach Wohnungen hat auch abgenommen, was jedoch durch den Umstand teilweise ausgeglichen wird, dass Wohnungen auch als Investition gekauft werden und gegenwärtig eine Alternative zur Flucht in den Dollar darstellen.

Doch das wichtigste Sympton dieser Rezession bezieht sich auf hohe Entlassungen, auch zeitweiligen, sowie auf Abschaffung von Überstunden. Dieses Phänomen dürfte sich verstärken, da bei einer Rezession eine kumulative Mechanik eintritt, die sie immer weiter ausdehnt. Arbeitsminister Tomada hat sich bisher geweigert, dem Problem mit einer Verdoppelung der Entlassungsentschädigung zu begegnen, wie es Anfang 2002 verfügt wurde. Allein, die Erfahrung von 2002 führt Unternehmen jetzt gelegentlich dazu, Arbeitskräfte sofort zu entlassen, bevor so etwas wieder kommt. Das ist der Fluch der bösen Tat.

Nach sechs Jahren mit anormal hohen BIP-Zunahmen von durchschnittlich über 8% pro Jahr, war eine Rezession auf alle Fälle zu er-

MAXINTA
Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa
Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan
Sarmiento 378 6º y 7º 5278-4400

warten. Die Abschaffung des Konjunkturzyklus ist bisher auf der ganzen Welt nicht gelungen, und wird den Kirchners am wenigsten gelingen, da sie offensichtlich nicht einmal wissen, dass es diesen Zyklus gibt, von Konjunkturpolitik keine Ahnung haben und sich auch nicht belehren lassen. Indessen hätte die aufstrebende Phase ohne die Verstaatlichung der privaten Rentenkassen wohl verlängert werden können, und von einer mit geringerem Wachstum oder einer milden Rezession, mit einer Abnahme des BIP von eventuell bis zu 2%, abgelöst werden können. Statt dessen droht jetzt eine viel tiefere Rezession. Theoretisch könnte ihr begegnet werden, so dass sie gemildert wird; aber die Voraussetzung ist die Widerherstellung des Vertrauens; und das ist bei den Kirchners kaum möglich.

Stark gestiegene Kapitalflucht

Die Kapitaflucht betrug im Oktober gemäss privaten Berechnungen u$s 4,5 Mrd., und summiert in diesem Jahr an die u$s 19 Mrd., was etwa 7% des BIP ausmacht. Die ZB musste im Oktober u$s 3,5 Mrd. auf dem Markt verkaufen, um zu verhindern, dass der Dollarkurs über $ 3,40 steigt. Ausserdem hat die ZB die Frist für die Umwandlung von Devisenerlösen durch Exporteure auf 10 Tage verkürzt, und für Überweisungen von über u$s 2 Mio. im Monat eine Sondergenehmigung gefordert, durch die sie faktisch verzögert wurden. Ausserdem wurden die Rentenkassen (AFJP) angewiesen, Anlagen in Brasilien zu liquidieren und die Mittel zurück zu bringen. Und schliesslich intervenierten Binnenhandelssekretär G. Moreno und das Steueramt direkt bei Banken und Wechselstuben, um Dollarkäufer einzuschüchtern, u.a. durch Drohung der Kreuzung der Käufe mit der Gewinnsteuererklärung.

Die ZB verlor trotz dieser Massnahmen und trotz des Überschusses der Handelsbilanz Reserven, und zwar u$s 1,44 Mrd. zwischen dem 27. und dem 31. Oktober und über u$s 2,2 Mrd. im ganzen Monat. Die Reserven werden zwar per Ende Oktober mit fast u$s 45 Mrd. gemeldet, liegen jedoch in Wirklichkeit viel niedriger und sind von bestimmten Experten auf u$s 34 Mrd. geschätzt worden. Die ZB hat sich u$s 4 Mrd. bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (in Basel) geliehen und ausserdem einen hohen Dollarbetrag auf Termin verkauft, angeblich über u$s 10 Mrd. Dies müsste in den nächsten Wochen und Monaten in Form sinkender Reserven sichtbar werden.

Beiläufig erleidet die Bank dabei auch einen hohen Verlust, da diese Terminverkäufe weit unter dem gegenwärtigen Marktkurs abgeschlossen wurden. Die ZB wird 2009 somit kaum noch Gewinne an das Schatzamt übertragen können. Man kann mit einem starken Rückgang der Reserven rechnen, der noch durch den Umstand verstärkt wird, dass der Handelsbilanzüberschuss in den kommenden Monaten wegen der starken Baisse bei Getreide, Ölsaat, Erdöl u.a. Exportprodukten stark abnehmen wird. Dies dürfte die Panikstimmung noch mehr anheizen.

Parallel zur Flucht in harte Devisen (vornehmlich Dollar, aber auch zunehmend Euro) sind die Bankdepositen gesunken. Im Oktober sanken private Depositen um $ 7,6 Mrd., was zum Teil durch eine Zunahme öffentlicher Depositen in Höhe von $ 3,17 Mrd. ausgeglichen wurde, so dass ein Nettoverlust von $ 4,43 Mrd. verbleibt. Auffallend ist dass die Girodepositen am meisten zurückgingen, nämlich um 8,5%, wogegen Fristdepositen nur um 4,4% sanken und Spardepositen um 1,8%. Der Rückgang der Kontokorrentdepositen deutet auf eine geringe wirtschaftliche Tätigkeit hin. Das bedeutet, dass Unternehmen ihre Geschäfte eingeschränkt haben, um flüssig zu werden und Dollar kaufen zu können.

Diese Entwicklung hat die Bankzinsen stark in die Höhe getrieben. Privatbanken zahlten über 20% für grössere Depositen, und auf der anderen Seite wurden Wechsel, oder vordatierte Schecks oder Rechnungen erstklassiger Unternehmen zu über 30% diskontiert. Diese Zinserhöhung wirkt sich stark rezessiv aus. Die ZB will mit ihrer Politik des "verwalteten" Wechselkurses, der jetzt angeblich für einigen Zeit um $ 3,40 je Dollar schwanken soll, die Gemüter beruhigen. Wenn die Abwertung unter dem passiven Zinssatz liegt, dann sollten Spargelder bei Banken bleiben. Doch bei Panikstimmung verhalten sich die Sparer anders.

Eine plötzliche hohe Kapitalflucht hat es schon in der Vergangenheit gegeben. Einmal Anfang 1989, was dann zur Hyperinflationswelle vom März 1989 beitrug, die Präsident Alfonsín zur vorzeitigen Regierungsübergabe bewog. Und dann 2001, unter De la Rúa als Präsident und Cavallo als Wirtschaftsminister, was schliesslich im Rücktritt des Präsidenten, im Default und der Megaabwertung mündete. Die argentinische Gesellschaft hat diese Ereignisse in Erinnerung, die mit ihr Verhalten prägen. Wobei diese Regierung, mit den Redensarten und dem Verhalten des präsidentiellen Eheepares, gewiss dazu beiträgt, diese tief eingefleischte Angst zu schüren.

Die Regierung will jetzt aktive Konjunkturpolitik betreiben, um der Rezession entgegenzuwirken. In diesem Sinn ist von einem Kreditprogramm der Banco Nación (und eventuell auch anderer Staatsbanken) von $ 4,6 Mrd. und von einem Infrastrukturprogramm von $ 36 Mrd. für 2009 die Rede. Woher die Mittel für zusätzliche Bankkredite kommen sollen, nachdem die Depositen abgenommen haben, wurde nicht erklärt. Angenommen, die Pflichtreserven werden zu diesem Zweck gesenkt, so führt das beiläufig dazu, dass noch mehr Mittel für Dollarkäufe geschaffen werden. Ebenfalls ist der Fall mit den Staatsinvestitionen in allerlei Infrastrukturprojekten nicht klar, da eine Erhöhung der Staatsausgaben für diesen Zweck dazu führen würde, dass der Überschuss bei der Staatskasse zu einem Defizit wird. Ohnehin werden die Staatseinnahmen bei niedrigeren Exportpreisen und rückläufiger Konjunktur sinken.

Néstor Kirchner hat unlängst erneut hoch und heilig versprochen, den Überschuss der Staatsfinanzen zu erhalten, der zum Wesen seines Modells gehöre. Wie er dieses Versprechen mit den erhöhten Staatsinvestitionen vereinbart, ist vorerst sein gut gehütetes Geheimnis. Nebenbei bemerkt: das Schatzamt hat in den letzten Monaten schon mit den Zuwendungen für Staatsinvestitionen zurückhalten müssen, was zunehmende Probleme schafft und die Objekte, um die es geht, real verteuert. Zunächst müsste vernünftigerweise versucht werden, die in Gang befindlichen Investitionen zu beschleunigen, statt neue in Angriff zu nehmen. Um mehr in Infrastruktur zu investieren, müsste der Staat sich stärker um Kredite der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank bemühen, und auch versuchen, Privatkapital für bestimmte Projekte anzuziehen. Doch all dies ist eben nicht der Fall. Eine aktive Konjunkturpolitik ist komplizierter als sie sich die Kirchners vorstellen. Vor allem erfordert sie Vertrauen und gute Beziehungen zur Unternehmerschaft, um realistische Lösungen für die einzelnen Probleme auszuarbeiten, die sich bei der Rezession stellen.